



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/137 - 22. Juni 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 336 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Eine große Leistung</u> Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Paris Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris	74
3 - 4	<u>"Unter uns gesagt" : Krampf</u> Franz-Josef Strauß und der Föderalismus Von Franz Barsig	69
5	<u>"Sehr erfreulicher Grundtenor"</u> Willy Brandts Besuch bei der Bundeswehr	18
5	<u>Kaffee- und Entwicklungshilfe</u> Der Bonner Fiskus und die afrikanischen Wünsche	30
6 - 8	<u>Für ein sozial gesichertes Europa!</u> Um die sozialen Bestimmungen im Vertragswerk der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Von A. Ludwig, MdB	130

* * * * *
* * *

Eine grosse Leistung

Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Paris

Von Günter Markscheffel, zurzeit Paris

Wer den Mut und das Einfühlungsvermögen hat, das laut Ausgesprochene und in vollem Glanz prächtiger Aufzüge sich Darbietende von den inoffiziellen Begleiterscheinungen eines Staatsbesuches zu trennen, wer also das richtige Mittelmass des Erlebten zu finden weiss, wird jetzt, am Ende des dreitägigen Aufenthaltes des Bundespräsidenten und seiner Gattin in Paris feststellen dürfen: Dieser Mann hat durch sein einfaches Wesen und bescheidenes Auftreten wahrscheinlich mehr für das deutsch-französische Verhältnis erreicht, als durch viele vorausgegangene und oft sehr komplizierte Konferenzen seit einigen Jahren erreicht werden konnte. Bei diesen Konferenzen ging es um das "Aushandeln" von Vor- und Nachteilen, um das Abwägen und auch Abtragen jahrzehntealter sogenannter unantastbarer Vorurteile. Der Bundespräsident wirkte nicht durch geschliffene Reden, hinter deren Worten vielleicht ein anderer Gedanke gedacht werden konnte. Die Diplomatie war abgemeldet während dieser drei Tage, es dominierte zwar -nach aussen- das Protokoll, die Regie. Nach innen aber, und einwirkend auf das legendäre "Volk von Paris", regierte die schlichte menschliche Geste, das, wovon die Franzosen sagen, es sei "nicht für die Galerie".

Als sich der Bundespräsident am Mittwochmorgen zögernd und sichtlich bewegt dem Graual des Unbekannten näherte, als er später das alte, ehrwürdige Rathaus, Schauplatz vieler Kämpfe um die Freiheit, betrat, als er zu den Stadträten und den mehreren hundert Gästen sprach und dankend die vornehme Gastfreundschaft Frankreichs andeutete, konnte sich niemand der Gradheit dieses Mannes entziehen. Vielleicht -oder sicher- ist es ein Loos, das einer in der Menge aussprach: "Er meint, was er sagt, das spüre ich".

Mit dieser hier wiedergegebenen Bemerkung berühren wir den Kern des Besuches des Bundespräsidenten in Paris. Entgegen einer vielfach in Deutschland vorherrschenden Meinung sucht das französische Volk im Kontakt mit anderen Völkern, ausser den äusseren Zeichen der Höflichkeit, die menschliche Beziehung. Bundespräsident Lübke hat das gegeben. Er hat nicht "Politik gemacht", er hat die Gradheit und Anständigkeit, die in unserem Volk sind, dem französischen Volk dargeboten.

Wir sollten ihm dafür dankbar sein, denn allzu oft gibt sich eine

22. Juni 1961

in deutsch-französischer Verständigung professionell arbeitende Expertengruppe den Anschein, als sei das Protokoll alles, das Herz aber wenig oder gar nichts. Nicht jeder, der bei uns gut französisch spricht, hat das begriffen, und nur allzu oft kommt beim leichten Kratzen heraus, dass "die guten Beziehungen" in einer Zeit angeknüpft wurden, von der die meisten Franzosen nicht mehr gern sprechen...

Der Besuch des Bundespräsidenten und seiner Gattin in Paris hat -natürlich- auch eine hochpolitische Bedeutung. Frankreichs Sorgen sind gross. Der Algerienkrieg scheint wieder aufzuflackern, im ganzen Land demonstrieren die Bauern, diesmal zusammen mit den Gewerkschaften, die soziale Unzufriedenheit wächst von Tag zu Tag.

Wir haben Staatspräsident de Gaulle während dieser Tage kaum einmal lächeln sehen. Und trotzdem: Dieser Mann hat bei zwei Gelegenheiten etwas gesagt, was nicht untergehen sollte. Er sprach, im Blick auf die Gefährdung Berlins, von dem Recht des deutschen Volkes auf seine Selbstbestimmung. Nicht nur die Alliiertenrechte in Westberlin seien wichtig und müssten verteidigt werden; vielleicht wichtiger sei das Recht der Deutschen. Und das: de Gaulle stellte die Frage, ob es eines Tages möglich sein werde, dass in Ost und West mit Hilfe der Wunderwerke der Technik und aus dem Wunsch nach einem besseren Leben das Streben nach einer sittlichen Stellung entstehe und die Menschen zum Segen und Fortschreiten der Zivilisation einander näherbringen könne. S e m e t n s a m sollten Ost und West ihre Bemühungen vereinen, um den Hunger, das Elend und die Unwissenheit in der Welt zu beseitigen.

Das war de Gaulle, der weiter blickt als nur auf Paris und Bonn. Ob die offizielle Diplomatie diesseits und jenseits des Rheins mit d i e s e m Gedanken des französischen Staatspräsidenten Schritte hält? Wir hoffen es, aber die Frage ist berechtigt, denn gerade d i e s e r Teil der Rede de Gaulles ist bisher merkwürdigerweise wenig gewürdigt worden.

Wenn der Bundespräsident am Freitag Paris verlässt und nach Bonn zurückkehrt, kann er sicher sein, eine gute Arbeit getan zu haben. Er darf auch von sich sagen, dass er bei unserem Nachbar für das g a n z e Deutschland wirksam war. Mehr als einer der in Paris während der letzten Jahre oft genannten Bonner Regierungspolitiker gab der Bundespräsident durch sein Verhalten und sein Auftreten dem Gedanken bei den Franzosen Raum, dass er auch für die Deutschen jenseits der Zonengrenze, für die Deutschen, die schweigen müssen, in der prächtigen Hauptstadt Frankreichs das schwarz-rot-goldene Symbol der deutschen Demokratie repräsentierte und es mit dem blau-weiss-roten Symbol der französischen Demokratie ver-

"Unter uns gesagt" : Krampf

Von Franz Barsig

Das Fernsehen des Bayerischen Rundfunks wird es ganz genau wissen, dass im Rahmen der Sendereihe "Unter uns gesagt" drei Sendungen geplant waren, in denen die Parteivorsitzenden oder Kanzlerkandidaten der drei im Bundestag vertretenen Parteien zu Wort kommen sollten. Von der CSU war damals überhaupt nicht die Rede, denn offensichtlich ist man selbst in München nicht auf die Idee gekommen, zwischen CDU und CSU zu trennen, denn wo gibt es da schon einen Unterschied.

Erst später hat die CSU sich wieder darauf besonnen, dass sie eine sogenannte eigene Partei ist und für ihren Vorsitzenden Franz-Josef Strauss dasselbe Forum gefordert. Eine Methode, die im übrigen nicht neu ist, denn immer wenn es um Sendezeiten geht, teilt sich die CDU/CSU in zwei Parteien auf, bei anderen Gelegenheiten, etwa bei Präsidentschaftswahlen im Bundestag, ist sie wieder eine Partei; je nach Bedarf.

Damit wird kein Vorwurf gegen den Bayerischen Rundfunk erhoben, denn in München sitzen und die CSU auf dem Hals zu haben, ist schon ein schweres Brot. Was aber dabei herauskommt, hat man in der gestrigen Wessel-Sendung gesehen: Es war einfach Krampf. Man kann mit Franz-Josef Strauss über Außenpolitik, man kann mit ihm über Wehrpolitik und noch besser über die Politik von anderen Parteien sprechen, niemals aber über den Föderalismus, denn auf diesem Gebiete gibt es bei ihm nur Fehl-anzeige. Wir brauchen es nicht zu tun, das werden seine Parteifreunde in München ohnehin besorgen, darauf hinzuweisen, dass Strauss jedenfalls auf die Frage, wo nun wirklich die Unterschiede zwischen CDU und CSU liegen, keine Antwort wusste.

Wir sind sicher, dass etwa die Hälfte der Fernsehteilnehmer während der Sendung abgeschaltet haben, denn es war gähnend langweilig. Die Geschildigten und politisch Interessierten aber wurden belohnt, denn die Sendung hatte einige zwar nicht vordergründig sichtbare, aber dafür umso interessantere hintergründige Aspekte. Zum Beispiel hat Franz-Josef Strauss wieder einmal seinen wahren Charakter gezeigt, als er ohne zwingenden Grund seinem Vorgänger Theodor Blank, der doch weise Gottauch im Arbeitsministerium ein schwerkgeprüfter Mann ist, einen Fusstritt versetzt.

So handelt kein feiner Mann, und diese Bemerkungen waren charakteristischer als zehn Spiegel-Artikel und vielleicht zehn einstweilige Verfügungen. So ist er eben, ein Ellenbogenpolitiker, der noch nicht einmal einem verdrängten Parteifreund das Gesicht lässt.

Es wäre auch sehr reizvoll, Betrachtungen über den Geschichtsunterricht anzustellen, zumal Franz-Josef Strauss ja bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten seine Kenntnisse auf diesem Gebiet hervorkramt. Man könnte es sich einfach machen und meinen, der Geschichtsunterricht ging schon zu seiner Zeit, wie es vielfach heute noch der Fall ist, nur bis zum Jahre 1918, so dass Franz-Josef Strauss nicht weiss, was sich in der Zeit von 1918 bis 1933 ereignet hat. Diese Unkenntnis nehmen wir ihm nicht ab. Aber es passt ja so schön in seine Methode, jeden, der gegen ihn ist, als halben Kommunisten abzustempeln und deshalb erweckte bei ihm die sozialdemokratische These, "wer nicht Brandt wählt, wählt Strauss", die angebliche Erinnerung an die frühere kommunistische Parole "wer Hitler wählt, wählt den Krieg". Wenn er es wirklich nicht weiss, so sei es ihm hier gesagt, dies war nie eine kommunistische Parole. In Wirklichkeit haben die Sozialdemokraten in der Tat vor 1933 vor allem vor den entscheidenden Wahlen der deutschen Bevölkerung in allem Ernst gesagt, wer Hitler wählt, wählt den Krieg, und sie haben damit recht behalten.

Damit keine Irrtümer entstehen, wir lehnen jeder Vergleich oder jede Analogie zwischen Strauss und Hitler und den Folgen, die eintreten könnten, ab, aber trotzdem bleibt es wahr: Wer nicht Willy Brandt wählt, wählt Strauss, und Strauss zu wählen ist, bei allem, was man von ihm weiss und was er sich bisher geleistet hat, innen- und aussenpolitisch ein gefährliches Experiment.

Im Übrigen hätte ihm ja die Sendung Gelegenheit geboten, klipp und klar zu erklären, er strebe nicht das Amt des Bundeskanzlers an. Aber wie hat er sich aus der Affäre gezogen? Nur in der Frageform reinste er, warum denn ausgerechnet die drittstärkste Partei den Bundeskanzler stellen sollte. Das ist keine klare Antwort, sondern in Gegenteil nur eine Bestätigung dafür, dass er dieses Amt anstrebt. Anstrebt, wohlgerat, denn die Sozialdemokratische Partei hat die Absicht und die Chancen, alle diese Kombinationen zu durchkreuzen, bei denen man heute schon so tut, als wenn nach dem 17. September nur die CDU Personalfragen zu entscheiden habe.

"Sehr erfreulicher Grundtenor"

sp - "Der Grundtenor war sehr erfreulich". In diesen Worten liegt die volle Zufriedenheit Willy Brandts mit dem Erfolg seines Besuches bei der Koblenzer Bundeswehr beschlossen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin und SPD-Kanzlerkandidat fand bei allen Angehörigen der Bundeswehr-Einheiten, bei denen er sich einen ganzen Tag aufhielt, sehr freundliche und verständnisvolle Aufnahme. Die Gespräche, die er mit den Offizieren des Generalkommandos und der Truppe führte, boten, wie beide Seiten betonten, den weitgesteckten Rahmen für offene und sachliche Diskussionen, die das gegenseitige Verständnis förderten und manche Mißverständnisse beseitigten, die oft auch durch ungenügende Information entstanden sein mögen. Willy Brandt konnte und durfte sich zum Abschluß seines Besuches in guter Offenheit für den Empfang bedanken, den er in Koblenz bekommen hatte. Der SPD-Kanzlerkandidat konnte diesen herzlichen Dank aber insbesondere auch auf die Soldaten ausdehnen, die sich vor allem auch bei ihrer Übung größte Mühe gaben und ihr Können unter Beweis stellten. Darin nicht zuletzt liegt der tiefe und gute Eindruck begründet, den Willy Brandt mitnahm. Bundeswehr und SPD sind ein gutes Stück gemeinsamen Weges weitergekommen.

+ + +

Kaffee und Entwicklungshilfe

sp - Hoch ging es her auf der in Straßburg tagenden euro-afrikanischen Parlamentarierkonferenz. Schwarze und Weiße fanden sich zu gemeinsamen Beratungen zusammen, viele treffende Reden wurden gehalten. Das Stichwort 'Entwicklungshilfe' gab Stoff zu gründlichen Gesprächen. Kaum einer von den berufenen Sprechern verschloß sich der Erkenntnis, daß beide Kontinente im Zeitalter der wachsenden weltweiten Verflechtung von Politik und Wirtschaft aufeinander angewiesen sind und den Industrienationen Europas die Aufgabe zukommt, den selbständig gewordenen neuen Staaten Afrikas mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Diese Tagung war ein Beweis mehr, daß die Epoche des Kolonialismus nun endgültig zu Ende geht; die alten Länder Europas, von Ausnahmen wie Portugal abgesehen, sind bestrebt, mit dem schwarzen Kontinent ein neues Verhältnis auf der Grundlage gegenseitigen Respektes und der Gleichberechtigung zu finden; hier findet der Rassenhochmut keinen Platz, er ist im Verschwinden. Afrikaner und Europäer hörten in Straßburg aufmerksam einander zu und registrierten die gegenseitigen Wünsche und Forderungen.

Der Bundesfinanzminister Etzel und der CDU sei eine eingehende Lektüre dieser Straßburger Gespräche empfohlen. Ein vielfach geäußerter Wunsch der Afrikaner ließe sich, ohne daß es den deutschen Steuerzahler auch nur einen Pfennig kostet, sofort verwirklichen, der Wunsch nämlich, den bundesdeutschen Markt für größere Kaffeeimporte zu öffnen. Es müßte nur der Zoll wegfallen, er ist einer der höchsten in Europa. Die Sozialdemokraten haben wiederholt im Bundestag die stufenweise Abschaffung dieser konsumentenfeindlichen Steuer beantragt, die gleiche Empfehlung hat auch die Wirtschaftskommission der EWG an die Bundesregierung gerichtet - aber bisher alles ohne Erfolg, der Bonner Fiskus hatte dafür keine Ohren. Vielleicht läßt er sich nun durch die Straßburger Begegnung eines Besseren belehren. Das wäre nicht nur praktische Hilfe für die kaffeeproduzierenden Länder Afrikas, auch die deutschen Hausfrauen würden das Verschwinden der Kaffeesteuer als willkommene Erleichterung begrüßen.

+ + +

Für ein sozial gesichertes Europa!

Von A. Ludwig, MdB.

Durch die Vorlage der ersten Ausführungsbestimmungen über den sozialen Teil der EWG sind die hier behandelten und bisher in der Öffentlichkeit wenig beachteten Probleme etwas in den Vordergrund gerückt worden. Der Bundestag hatte die Entwürfe über Richtlinien zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft und Richtlinien auf dem Gebiet der Verfahrens- und Verwaltungspraxis für die Einreise, für die Beschäftigung und den Aufenthalt der Arbeitnehmer eines Mitgliedstaates und ihrer Familienangehörigen innerhalb der anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zur Kenntnis zu nehmen. Auf Beschluss des zuständigen Ausschusses (Arbeit) wurde dem Plenum des Bundestages empfohlen, die Bundesregierung zu bitten, ihren Vertretern im Rat sechs Anregungen für die zu erwartende Änderung der Richtlinien mit auf den Weg zu geben.

Empfehlungen an die Regierung

Es wird eine genauere Umschreibung der Voraussetzungen gewünscht, unter denen Arbeitgeber auf Namen lautende Stellenangebote abgeben können. Das in den Richtlinien geforderte Gleichbehandlungsgebot sollte sich auf Regelungen beschränken, die Inhalt des Arbeitsvertrages sein können, oder zum Schutze der Arbeitnehmer erlassen worden sind. Eine genaue Umschreibung des Begriffs "Familienangehörige" wird gewünscht mit dem Ziele einer Begrenzung auf Verwandte und Verschwägerte gerader Linie. Von Eingriffen in die nationalen Regelungen und Massnahmen im Bereich des Gesundheitsschutzes sollte abgesehen werden. Von einer Vorschrift über den Grundsatz eines Vorranges der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten sollte aus rechtlichen und sachlichen Gründen Abstand genommen werden. Die vorgesehene Freizügigkeit, auch für politische Flüchtlinge und Staatenlose, sollte noch einmal überprüft werden. Mit einer teilweisen Berücksichtigung dieser Wünsche kann gerechnet werden.

Der Vertrag soll bekanntlich innerhalb von 15 Jahren voll durchgeführt werden, hat aber bereits durch die Vorschläge der zuständigen Organe und durch die Zustimmung der beteiligten Regierungen eine Beschleunigung erfahren. Die Verkürzung der Fristen hat bereits zu

einer 50-prozentigen Zollsenkung geführt.

Schrittweise Anpassung

Dieses Tempo muss sich auch auf die sozialen Bestimmungen auswirken. Bei den Beratungen über diesen Abschnitt des Vertrages standen sich zwei Auffassungen gegenüber. Die eine Richtung bemühte sich um die Erreichung einer einheitlichen europäischen Sozialordnung, während die andere Richtung, die sich auch durchsetzte, eine allmählich sich aus den praktischen Bedürfnissen und Erfahrungen ergebende Anpassung für zweckmäßiger hielt. Dabei fiel die Redewendung, das Gewicht des schwächsten Gliedes könnte vielleicht doch den sozialen Fortschritt zu sehr hemmen. Es wurde vor allem auf die Verschiedenheiten innerhalb der einzelnen Nationen hingewiesen, die eine internationale "Harmonisierung" auch beim besten Willen erschweren werden.

Die von allen gewünschte Angleichung soll auf dem Wege schrittweiser Anpassungen gefördert werden, wobei die zuständige Kommission als höchste Verwaltungsinstanz vor allem zu achten hat auf die Zusammenarbeit in Fragen der Beschäftigung, des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen, der sozialen Sicherheit, der Verhütung von Berufsunfällen und Krankheiten, des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit, der beruflichen Aus- und Fortbildung, des Koalitionsrechts und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zu allen Vorschlägen soll der Sozial- und Wirtschaftsausschuss gehört werden. Ganz konkret ist schon im Vertrag der Grundsatz der gleichen Entlohnung bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer festgelegt und die bezahlte Freizeit. Es ist weiter klargestellt, dass unter dem Begriff Entgelt zu verstehen ist, Grund- und Mindestlöhne, sowie alle Vergütungen in bar und Sachleistungen. Das Entgelt für Akkordarbeit muss auf Grund der gleichen Masseinheit festgesetzt werden, der Zeitlohn muss bei gleichem Arbeitsplatz gleich sein.

Für den Fall von Arbeitseinschränkungen, Betriebsumstellungen oder Stilllegungen, ist die produktive Weiter- oder Wiederbeschäftigung zu sichern durch Berufsumschulungsmassnahmen, Umciedlungshilfen oder

finanzielle Beihilfen.

Die Aufgaben der Kommission

Zur Ermöglichung der notwendigen Aufwendungen wurde ein Sozialfonds gebildet, in dem die Bundesrepublik 32 Prozent des Bedarfs einzuzahlen hat. Ersetzt wird jeweils die Hälfte der Kosten der vorgenannten Massnahmen aus dem Fonds, der Rest muss in den Ländern aufgebracht werden. Anträge auf die Finanzierung solcher Massnahmen sind an die Kommission zu richten, die dem Umstellungsplan zugestimmt haben muss.

Dabei ist die Bedingung zu beachten, dass eine sechsmonatige Beschäftigung erforderlich ist, oder sechs Monate Beschäftigung im umgeschulten Beruf. Der Kommission können besondere Aufgaben übertragen werden auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, zum Problem der ein- und auswandernden Arbeitskräfte, zur Freizügigkeit, zur gleichen Behandlung bei der Entlohnung und der Sozialversicherung. Dazu gehört auch die Bewerbung um angebotene Stellungen und die Möglichkeit, sich zu diesem Zweck frei zu bewegen, sich in jedem Mitgliedstaat aufzuhalten im Schutz des dort geltenden Rechts und der Verwaltungsvorschriften. In den zu erlassenden Ausführungsbestimmungen soll festgelegt sein, dass nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ein Verbleiben im Lande unter den festgelegten Bedingungen möglich sein muss. Vorgesehen ist auch der Austausch und die Förderung junger Arbeiter und die allmähliche Beseitigung der noch bestehenden hemmenden Bestimmungen.

Die Durchführungsbestimmungen müssen vom Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Der Rat kann auch allgemeine Grundsätze aufstellen zur Durchführung einer gemeinsamen Politik, die zu einer harmonischen Entwicklung sowohl der einzelnen Volkswirtschaften als auch des gemeinsamen Marktes beitragen können. Der Jahresbericht der Kommission muss stets ein besonderes Kapitel über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft enthalten. Die Kommission kann von der Versammlung aufgefordert werden, Berichte über besondere, die soziale Lage betreffende Fragen auszuarbeiten. Solche Berichte liegen bereits vor und geben einen guten Einblick in die soziale Lage der Mitgliedstaaten. Neben den Darlegungen über die Beschäftigungslage, Tarifwesen, Arbeitskämpfe, Arbeitsrecht und Sozialversicherung, finden wir in den Berichten wertvolles statistisches Material.

Noch manche Schwierigkeit ist zu überwinden

Die schon erwähnten sechs Vorbehalte des Bundestages beweisen, dass bei allem grundsätzlichen Einverständnis noch manche Schwierigkeit zu überwinden ist. So wird vor allem auf die Gefahr des sozialen Gefälles hingewiesen, die mit der Beschäftigung "landesfremder" Arbeitnehmer verbunden sein können. Deshalb gibt es neben den offiziellen Instituten bereits Büros der Gewerkschaften und Unternehmer, und zwar sowohl in Brüssel als auch in den einzelnen Ländern, aus denen Arbeitskräfte auswandern. Den Arbeitsämtern obliegt selbstverständlich die Überwachung einer geregelten Einwanderung und die Tarifpartner überwachen die Einhaltung der Tarifverträge und die Betriebsabkommen. Durch die Sozialabkommen mit zahlreichen europäischen Ländern ist für die Gebiete des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung schon eine gute Vorarbeit geleistet. Die Wohnungsfrage, die Erziehung der Kinder, der Anschluss an das gesellschaftliche und kulturelle Leben im anderen Land, erfordern noch manche wichtige Massnahme. Die Optimisten wünschen, dass der jetzige Versuch mehr sein möge als die Freizügigkeit vor 1914, wo sich Kapital und Arbeitskräfte relativ frei über die Grenzen bewegen konnten. * * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel